

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 79 (2001)
Heft: 1

Artikel: Informationsgesellschaft : welcher Bildungsauftrag ergibt sich für die öffentlichen Bildungsinstitute?
Autor: Lauper, Esther / Boni, Michael de
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341600>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Informationsgesellschaft

Welcher Bildungsauftrag ergibt sich für die öffentlichen Bildungsinstitute?

Immer wieder wird nach den Kompetenzen gefragt, die von der Wirtschaft gefordert und demnach durch die öffentlichen Bildungsinstitute (alle Schulbereiche) vermittelt werden sollen. Diese Fragestellung an sich ist bereits geprägt durch das rein wirtschaftliche Nutzendenken.

Esther Lauper und Michael De Boni

Selbstverständlich soll und muss die Schule Kompetenzen vermitteln, die der Volkswirtschaft dienen und somit unser aller Wohlergehen fördern. Daneben sind aber auch andere Bedürfnisse zu berücksichtigen. Es geht letztlich darum, ein Gleichgewicht zu schaffen in der Bewertung der Bedürfnisse der Individuen, derjenigen der Wirtschaft und der Politik und auch der Bedürfnisse des sozialen Systems, also der Gesellschaft.

Die Lehrplangestaltung und die Definition der zu vermittelnden Inhalte und Kompetenzen muss die verschiedenen Kunden der Bildung mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen angemessen berücksichtigen. Aus diesem Grund finden Sie hier als erstes eine Auflistung der Bedürfnisse der einzelnen Kundenkreise der Bildungsinstitute. Die Bedürfnisbeschreibung ist nur bezüglich der Informationsgesellschaft vorgenommen worden und ist selbstverständlich nicht abschliessend. Was aber klar zum Ausdruck kommt, es gibt sowohl überschneidende als auch divergierende Bedürfnisse.

Individuelle Bedürfnisse

- Information und Kommunikation
- Orientierung und Übersicht

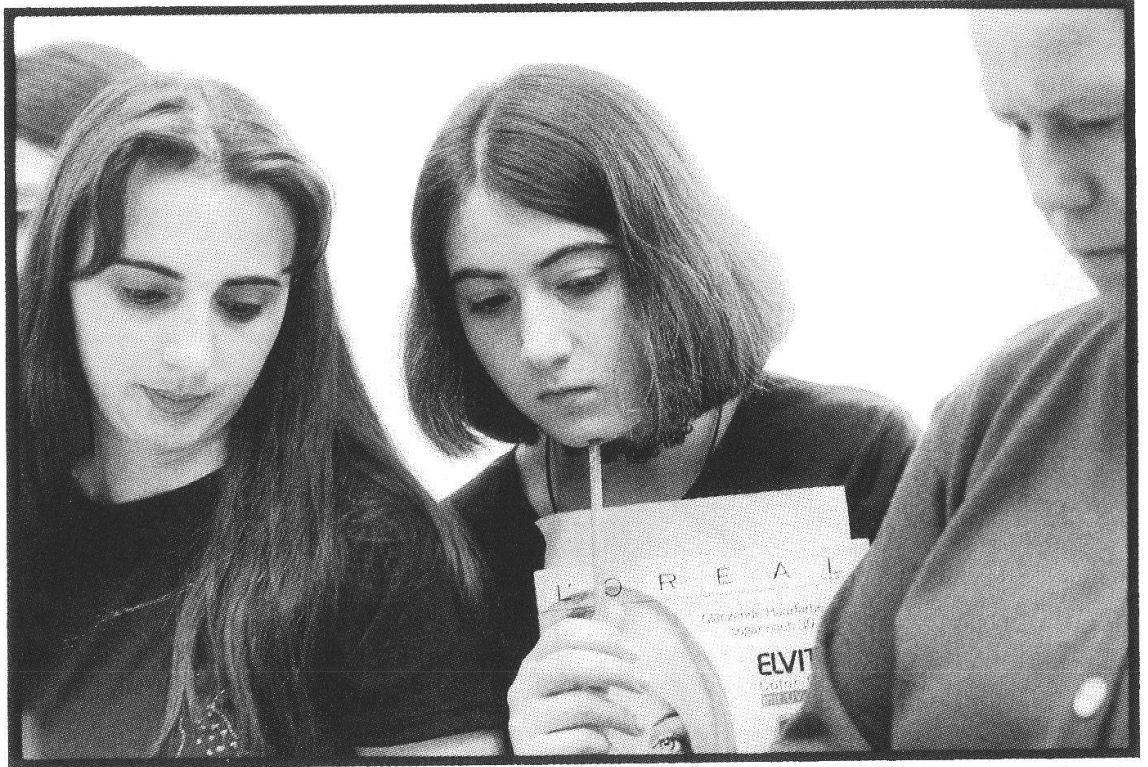
- Schutz und Existenzsicherung
- Soziale Kontakte und Selbstbestimmungsmöglichkeiten
- Informationsverfügbarkeit und Wissenszugang
- Datenschutz und Sicherung von Integrität und Privatbereich
- Vermeidung des «gläsernen Menschen»
- Vereinfachung des Lebens und Begrenzung des Stressvolumens

Bedürfnisse der Wirtschaft an die Einzelnen

- Flexible Menschen mit erhöhter Selbstständigkeit und Selbststeuerung
- Hohe Leistungsfähigkeit und -bereitschaft und Beherrschung der Informationstechnologien
- Hohe Lernfähigkeit und -bereitschaft und permanente Weiterbildung
- Kommunikationsfähigkeit und vernetztes Denken
- Ressourcenorientierung und unternehmerisches Denken und Transparenz
- Wertschöpfungsorientierter Personaleinsatz und Flexibilisierung von Arbeitsplatz und -zeit

Bedürfnisse der Politik an die Informationsgesellschaft

- Schutz vor Datenmissbrauch
- Sicherung der Grundrechte
- Mittel gegen Rechtsverstösse
- Sicherstellung des Zugangs zu öffentlichen Informationen für alle
- Vermeidung einer Spaltung der Gesellschaft in Informationsreiche und Informationsarme
- Gesundheitsförderung im Bereich Arbeit durch die Steigerung des Wohlbefindens





- Sicherung der Arbeitsplätze und der gesamten Volkswirtschaft
- Anpassung des Bildungsauftrags an neue Bedürfnisse der Informationsgesellschaft
- Mündige BürgerInnen

Bedürfnisse des sozialen Systems an die Informationsgesellschaft

**Der Zugang zu
Informationen
muss für alle
gesichert sein.**

- Datenschutz und verantwortungsvoller Umgang mit Daten
- Verhindern von Machtmissbrauch durch Informationsvorteil
- Sicherung der Arbeitsplätze und Existenzsicherung des Einzelnen
- Vermeidung von Isolation und Integration aller Bevölkerungssegmente
- Sicherung und Erleichterung der Kommunikation für alle
- Wohlbefinden des Einzelnen und Vermeidung von Fremdbestimmung
- Begrenzung der Macht, die durch das Informationskapital entsteht
- Wahrung der ethischen Grundsätze der Gesellschaft

Die Bedürfnisse der Wirtschaft an Bildungsbeauftragten sind schon hinreichend kommuniziert worden. Viele Lehrpläne wurden insofern angepasst, als von der Wirtschaft geforderte Kompetenzen neu hinzugenommen und den Lehrplänen und Ausbildungskonzepten beigelegt wurden. Aus diesem Grund legen wir das Hauptaugenmerk auf die Bedürfnisse der Individuen, der Politik und des sozialen Systems. Diese nämlich wurden noch viel zu wenig beachtet und deren Bedürfnisse wurden zu wenig in die Entscheidungsprozesse einbezogen.

Informationszugang für alle

In der Informationsgesellschaft besteht zunehmend die Tendenz, Information als Wert zu definieren und selektiv zu verteilen. Der Zugang zu Informationen muss für alle gesichert werden. Das staatliche System muss dafür sorgen, dass die not-

wendigen Informationen tatsächlich zu allen Einwohnern gelangen. Es wird noch lange notwendig sein, diese Informationen über verschiedene Medien zu kommunizieren, damit das Grundrecht auf diskriminierungsfreien Zugang auf Information sichergestellt ist und die Gleichheit der Chancen gewährt wird.

Informationsvorteile führen zu einem Machtpotenzial. Als Folge wird nötig, dass der/die Einzelne vor einem Machtmissbrauch durch zu definierende Massnahmen geschützt wird.

Investitionszwänge

Die Entwicklung zur elektronischen Informationsvermittlung schreitet rasch voran und schafft neue Abhängigkeiten aber auch Investitionszwänge. Es ist unumgänglich, die Infrastruktur- und Netzkosten mittelfristig massiv zu senken, um auch wirtschaftlich Benachteiligte an der Information teilhaben zu lassen. Die Informations- und Kommunikationskosten müssen zukünftig in der Berechnung des Existenzminimums realistisch berücksichtigt werden.

Weiterbildungsnotwendigkeit

Neben den technischen und infrastrukturellen Investitionskosten sieht sich der Einzelne gezwungen, seinen Wissensstand immer wieder neu anzupassen. Bildungsinstitute haben kostengünstige Weiterbildungsangebote bereitzustellen, um die Chancengleichheit aller sozialen Gruppen zu gewährleisten. Besonderes Augenmerk ist auf die jungen Arbeitslosen, auf die ältere Generation und auf Personen des unteren Bildungsniveaus zu legen, da ihnen ein selbständiger Zugang zu Informationsmitteln und Kommunikationstechniken kaum möglich ist. Damit wird auch die Möglichkeit geschaffen, dass der Erfahrungsschatz und die Kenntnisse von älteren Menschen für die Informationsgesellschaft zur Verfügung gestellt werden.

Unterschiedlicher Ausbildungs- und Wissensstand

Aufgrund von unterschiedlichem Ausbildungs- und Wissensstand sind die Informationen nicht allen zu gleichen Teilen zugänglich. Bildungssysteme brauchen deshalb vom politischen System Garantien, dafür zu sorgen, dass der freie Zugang zu Informationen für alle sichergestellt ist. Der Bildungsauftrag ist deshalb so zu formulieren, dass genügend Informationskompetenzen erworben werden können, damit sich der/die Einzelne die notwendigen Informationen in der zukünftigen Informationsgesellschaft selbstständig beschaffen kann.

Zweiklassengesellschaft von Informationsreichen und -armen

Selbst alltägliche Verrichtungen machen in zunehmendem Masse den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien notwendig. Dies beinhaltet die Gefahr eines gesellschaftlichen Spaltungsprozesses in eine informationstechnisch betrachtete Zweiklassengesellschaft von Informationsreichen und -armen. Der Bildungsauftrag definiert mit hoher Priorität die Vermittlung von Kompetenzen zur Beschaffung von Alltagsinformationen, wie elektronischer Fahrplan und elektronisches Telefonbuch konsultieren, Abschluss von Onlineversicherung, Telebanking, Amtsverkehr ...

Marktwirtschaftlich orientierter Umgang mit Informationen

Informationen sind ein immaterielles und öffentliches Gut. Die Tendenz besteht, die Informationen einseitig aus dem Nutzen-Kosten-Denken der Wirtschaft zu betrachten. Dieser marktwirtschaftlich orientierte Umgang mit Information führt zu einer konsumorientierten und wert-

schöpfenden Bewertung derselben. Der wertfreie Umgang mit Informationen geht verloren. Beispielsweise lässt sich der Beziehungswert einer zwischenmenschlichen Kommunikation wirtschaftlich nicht messen und verliert an Bedeutung. Dieser Tendenz eines rein materiell betrachteten Informationsaustausches muss mit neuen pädagogischen Konzepten entgegen gewirkt werden. Bei der Lehrplangestaltung wird darauf geachtet, dass nicht nur die rein informationstechnischen Fertigkeiten vermittelt, sondern dass die Bedürfnisse des Individuums, der Politik und des sozialen Systems mitberücksichtigt werden. Aus der Sicht des pädagogischen Ansatzes muss der Lehrplan so gestaltet sein, dass dem ganzen Bedürfnisspektrum Rechnung getragen wird. Deshalb stellt sich die Frage, ob es sich überhaupt verantworten lässt, dass die Bildungsinstitutionen dem marktwirtschaftlichen Gedanken unterworfen werden.

Wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit der Bildungsinstitutionen

Die staatlichen Bildungsinstitutionen müssen auch in Zukunft politisch und wirtschaftlich unabhängig operieren können. Nur so sind sie hinsichtlich Entscheidungsprozessen in Bezug auf Lehrinhalte und in Bezug auf den gesamten pädagogischen Auftrag fähig, um einer einseitigen Bedürfnisbefriedigung entgegenzuwirken. Selbstverständlich müssen sich die Bildungsinstitutionen in einer zunehmend informationstechnologisch ausgerichteten Informationsgesellschaft immer neu der Diskussion um die zu vermittelnden Werte und Inhalte stellen. Bei vielen Bildungsinstitutionen ist dieses Bewusstsein bereits vorhanden.

Informationsflut und Überforderung des Individuums

Die Informationsflut ist heute schon derart gross, dass sich das Individuum nicht

**Informationen
sind ein
öffentliches Gut.**

mehr orientieren kann. Der Kontext und der Wert einer einzelnen Information kann oft nicht mehr erkannt werden. Das führt zum fragmentierten Denken. Dies bewirkt eine innere Desorientierung und einen Verlust von Identitäts- und Sinngefühlen hin bis zu Symptomen, die auch in anderen Stresssituationen auftreten. Eine wichtige Aufgabe für die Bildungsträger besteht darin, zu vermitteln, wie Informationen zu filtern und auf Relevanz hin zu überprüfen sind. Das Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit Informationen muss entwickelt werden, aber auch das Erkennen des Wertes einer Information muss trainiert werden. Dazu braucht es die Entwicklung einer inneren Werthaltung bei gleichzeitiger Fähigkeit, diese zu hinterfragen, weil sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen permanent verändern. Bildungsinstitute sind heute und in Zukunft auch vermehrt gefragt bei der Entwicklung der individuellen Sinngebung und Orientierung des Einzelnen in der Gesellschaft.

Bildungsauftrag

Gefördert werden müssen vornehmlich, und zwar für den Alltagsbereich, aber auch für die spezifischen beruflichen Tätigkeiten, folgende Kompetenzen:

- soziale Kompetenzen wie das lebendige Interaktionsvermögen, Rollenflexibilität, Unterschied zwischen realen und virtuellen Welten erkennen, soziale Solidarität, verantwortungsvoller Umgang mit Informationen ...
- Selbstkompetenzen wie Stärkung des Selbstbewusstseins, Selbstreflexion in der Rolle als InformationsgeberIn und -nehmerIn, Aufbau einer inneren Werthaltung und einer unverwechselbaren Identität in einer von schnellen Wechseln geprägten Gesellschaft, Urteilsfähigkeit in der Selektion von Informatio-

nen, Schutz der eigenen Persönlichkeit, Grenzen setzen und Schutzmassnahmen für sich selber treffen ...

- kommunikative Kompetenzen wie zwischenmenschliche Kommunikation, Klarheit in Gedanken und Worten, Erkennen des Wertes einer Information ...
- informationstechnische Kompetenzen wie Beherrschung der Informations- und Kommunikationstechnologien, technische Schutzmassnahmen, Informationsschutzmassnahmen anwenden können ...
- Medienkompetenz wie effektive Nutzung der Medien, Orientierung im Informationsdschungel, Umgang mit unerwünschten und belastenden Informationen (Gewalt, Pornographie, Okkultismus ...), kreatives Gestalten mit Medien ...

Es ist zu hoffen, dass in der Diskussion um Ausbildungs- und Lehrziele künftig vermehrt der ganzheitliche Betrachtungsansatz angewendet wird. Die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit ist keine Garantie, aber eine Bedingung dafür, dass überhaupt die verschiedenen Kundenkreise der Bildungsinstitute, aber auch die verschiedenen indirekt Betroffenen von Ausbildungsentscheiden in der Entscheidungsphase der Lehrplangestaltung samt ihren Bedürfnissen mitberücksichtigt werden und dass die Ausbildung nicht alleine dem rein wirtschaftlichen Nutzen dienen wird.

Michael De Boni, Dr. phil., ist Psychologe und Berufsschullehrer.

Esther Lauper ist Supervisorin, Organisationsentwicklerin und Berufsschullehrerin.

Ihr Institut: Institut für Neues Lernen GmbH, Kirchenackerweg 39, 8050 Zürich, Tel. 311 62 02, Fax 311 62 16, info@neueslernen.ch.